

«Im Moment kommt geballte Ladung»

Liestal Stadtpräsident Lukas Ott warnt nach Kritik im Parlament vor einem Abwürgen der Wohnungsbau-Dynamik

VON ANDREAS HIRSBRUNNER

Liestal soll in den nächsten fünf Jahren von heute 14 500 auf gegen 17 000 Einwohner wachsen. Der Motor dieses angestrebten Wachstums sind die Quartierpläne für verdichtete Überbauungen, die vom Einwohnerrat fast im Monatsrhythmus verabschiedet werden. Normalerweise machen dies die Ortsparlamentarier ohne Aufheben, stellen im Ausnahmefall vielleicht mal eine kritische Frage zur Verkehrserschliessung oder zu einer Ufergestaltung. Beim Quartierplan Grammet am Ortsrand in Richtung Lausen, mit 168 Wohnungen der bisher grösste, war das kurz vor Weihnachten anders: Es gab grundsätzliche Einwände. Muss der Stadtrat jetzt auf die Wachstumsbremse treten? Das und anderes wollten wir von Liestals grünem Stadtpräsidenten Lukas Ott wissen.

Herr Ott, jüngst gab es im Einwohnerrats ungewohnt kritische Töne zum neusten Quartierplan Grammet. Freisinnige Stimmen befürchten ein Wohnungsüberangebot in Liestal, sozialdemokratische einen neuen «sozialen Hotspot». Stösst Liestals Wachstumsstrategie an ihre Grenzen?

Lukas Ott: Vorausschicken will ich, dass ich solche kritischen Diskussionen begrüsse, denn die Sitzungen des Gemeindeparlaments sollen kein Gottesdienst sein, bei dem alle Ja und Amen sagen. Und sie geben Gelegenheit, einmal mehr darauf hinzuweisen, wie wichtig und zukunftsweisend die aktuelle Entwicklung ist. Reden wir zuerst über das Wohnungsangebot: Wir haben lange in Liestal daran gearbeitet, dass gerade im über Jahrzehnte stark unterdurchschnittlichen Wohnungsneubau eine Dynamik entsteht. Entsprechend klein war das Bevölkerungswachstum rückblickend, das in den 1980er- und 90er-Jahren sogar stagnierte. Gleichzeitig wurden aber die Aufgaben der Stadt komplexer und die Ansprüche der Einwohner grösser. Die Leistungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Verkehr, Sicherheit und Kultur, die wir als Kantonshauptort und regionales Zentrum erfüllen müssen, gehen über die Aufgaben anderer Gemeinden hinaus. Das alles kostet, und wir müssen die finanziellen Lasten auf viele Schultern verteilen können.

Die jetzigen 14 500 Schultern reichen nicht?

Genau. Im Moment sind wir zu wenige, und es ist wichtig, dass wir zulegen können. Die Alternativen wären ein schmerzhafter Abbau von Dienstleistungen oder eine Erhöhung der Steuern der natürlichen Personen. Beide Szenarien wollen wir nicht ernsthaft weiterverfolgen, weshalb es ganz wichtig ist, dass wir eine Dynamik im Woh-



Flankierende Massnahmen: Stadtpräsident Lukas Ott fordert eine neue S-Bahn-Haltestelle am Liestaler Altmarkt.

MARTIN TÖNGI

nungsbau erreicht haben. Diese Entwicklung greift jetzt, und ich meine, sie greift sehr gut. Und ich möchte davor warnen, die Entwicklung jetzt in Zweifel zu ziehen. Denn ein Abwürgen der Dynamik wäre schädlich und würde zu den erwähnten Szenarien führen. Letztlich reagiert der Markt auf Angebot und Nachfrage, und es liegt in der Verantwortung der Investoren, bei «Grammet» mit einem Volumen von 168 Wohnungen allenfalls mit einer Etappierung beim Bau zu reagieren.

Für Sie ist also die noch relativ leise, aber doch neue Kritik nicht Anlass, die Wachstumsstrategie zu hinterfragen und das Tempo bei der Vorlage von neuen Quartierplanungen zu reduzieren?

Es ist sicher so, dass wir nicht auf Teufel komm raus in möglichst rascher Kadenz einen Quartierplan nach dem andern vorlegen wollen. Aber wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass es auch in 10 bis 15 Jahren möglich ist, in Liestal Wohnraum zu finden. Die Herausforderung heisst, für eine längerfristige Verstetigung der Entwicklung zu sorgen. Im Moment kommt eine sehr geballte Ladung auf Liestal zu, das stimmt. Aber das ist die Folge, dass wir die lange Staulage beim Wohnungsbau mit einer Leerwohnungsziffer von ge-

gen null, die wir hatten, nun deblockiert haben. Damit verbunden sind halt die vielen Baustellen mit entsprechenden Emissionen, das lässt sich nicht vermeiden. Dabei nehmen wir möglichst grosse Rücksicht auf unsere Einwohner.

Zu den Belastungen gehört auch der Verkehr. Und mehr Einwohner verursachen mehr Verkehr. Das gilt gerade für das eher periphere Gebiet Grammet in Richtung Lausen.

Wichtig ist, dass wir uns auch beim Verkehr nicht mit dem Status quo zufrieden geben, sondern den öffentlichen Verkehr noch mehr in den Vordergrund rücken. Wobei das Entwicklungsgebiet Liestal Ost mit unter anderem der geplanten Überbauung Grammet nicht Niemandland ist, sondern bereits mit dem Bus erschlossen ist. Ich bin der Meinung, dass wenn mit dem neuen Liestaler Bahnhof der Viertelstunden-Takt bei der S-Bahn kommt, sich auch die Regionalbusse dem verdichteten Takt anschliessen sollten. Und ich bin der Meinung, dass mit der Zunahme der Bevölkerung in Liestal Ost eine S-Bahn-Station Liestal Altmarkt zu prüfen ist. Die S-Bahn-Linie zwischen Pratteln und Rheinfelden mit den neuen Stationen Salina Raurica und Augarten macht uns vor, wie so et-

was aussehen kann. Wir werden uns im neuen Agglo-Programm für die Station Liestal Altmarkt einsetzen.

Und was sagen Sie zum befürchteten «sozialen Hotspot», also einem Anziehungspunkt für Sozialhilfebezügler in der «Grammet»?

Man geht davon aus, dass die Nähe zur Umfahrungsstrasse A22 nicht der attraktivste Wohnraum ist. Das wird sicher zu einem grossen Teil durch die hohe Qualität des vorliegenden Projekts aufgefangen, das sich ja in einem Wettbewerb mit renommierten Büros durchgesetzt hat. Zudem gibt es heute beim Lärmschutz gute Lösungen. Und dann macht sich der Stadtrat bekanntlich stark für die Tunnellösung bei der Umfahrung, weil es die heutige Strasse mitten im Siedlungsgebiet langfristig nicht verträgt. Das Problem sind im Übrigen nicht die Sozialhilfebezügler, sondern der mangelnde finanzielle Ausgleich zwischen den Gemeinden mit wenigen und den Gemeinden mit vielen Sozialhilfeempfängern.

Könnte die aufkeimende Wachstumsskepsis in Liestal auch damit zu tun haben, dass die bisher umgesetzten Quartierpläne längst nicht alle architektonische Bijoux sind?

Es sind viele neue Gebäude durchaus

ansprechend gelungen. Wir versuchen die - berechnete - Forderung nach guter Architektur von der Stadt her dort, wo wir das können, einzubringen, so dass eine Konkurrenz der Ideen stattfindet. Das ist möglich über ein mehrstufiges Verfahren mit Studienaufträgen oder Architekturwettbewerben. Eine direkte Handhabung haben wir aber nur, wenn wir bei einem Projekt Mitlandeigentümer sind. Sonst bleibt uns nur der Versuch der Überzeugungsarbeit. Denn in der Schweiz ist das Eigentum bekanntlich heilig. Bei der geballten Ladung an Projekten, die in den letzten Jahren auf uns zukamen, haben aber alle Akteure einen Lernprozess durchlaufen; ich möchte die Stadt davon nicht ausnehmen. Sagen wir es so: Es fand in Liestal in den letzten zwölf Jahren ein Learning on the Job statt. Das führte dazu, dass wir immer sicherer agieren, bewusst auf die Qualität achten und für die Öffentlichkeit die wesentlichen Forderungen einbringen.

Sind Sie denn mit den bisher umgesetzten Projekten im grossen Ganzen zufrieden?

Die Richtung stimmt. Es gelingt uns insgesamt gut, die notwendige Qualität sicherzustellen. Aber es ist wie überall: Das eine gelingt besser, das andere schlechter.

«Man will reformorientierte Kräfte bremsen»

Vorlagen Lukas Ott ist weder mit der Entwicklung beim Gemeindestrukturgesetz noch mit der USR-III-Vorlage glücklich

Stadtpräsident Lukas Ott steht nicht nur im heimischen Liestal immer wieder im Schaufenster, sondern auch auf kantonaler Ebene. Seine Meinung zu zwei derzeit heissen politischen Eisen hat im politischen Baselbiet Gewicht.

Liestal will wachsen, um das Steuersubstrat ohne Steuererhöhung zu steigern. Die am 12. Februar zur Abstimmung kommende Unternehmenssteuerreform III entzieht den Gemeinden aber Steuergelder. Wie würde die USR III Liestal treffen und wie stehen Sie dazu?

Lukas Ott: Wir haben uns in den letzten Jahren in Liestal aus eigener Kraft etwas finanziellen Spielraum geschaffen. Jetzt ist es natürlich bitter festzustellen, dass ein Teil dieses Spielraums durch die USR III bereits wieder abge-

schöpft wird. Die Vorlage bedeutet für Liestal, dass in verschiedenen Zwischenschritten bis 2024 jährlich 1,3 Millionen Franken Steuerausfälle anfallen. Das entspricht drei Steuerprozenten.

Ist das nach neuer oder alter Rechnung von Finanzdirektor Lauber?

Das ist nach alter Rechnung. Aber seine neuste Zahlenzauberei überzeugt mich überhaupt nicht. Man macht mit diesem sogenannten dynamischen Ansatz nichts anderes, als das ganze Steuerwachstum, das sowieso stattfindet, zu mobilisieren, um die USR III schön zu rechnen. Eigentlich zeigt das deutlich auf, dass wir das Steuerwachstum von fünf Jahren brauchen, um das Loch der USR III einigermaßen zu füllen. Wir brauchen aber dieses Steuerwachstum zur Bewältigung unserer Aufgaben. Es

wäre deshalb sehr wichtig, dass die Kompensation der Steuerausfälle durch USR III an die Gemeinden höher ausfällt. Dass die Diskussion dieser Kompensation im Kanton erst nach der Abstimmung im Rahmen der Vernehmlassung geführt wird, ist äusserst ungeschickt. Die Einwohner haben ein Anrecht darauf zu erfahren, worauf sie sich einlassen.

Sie sagen also Nein an der Urne?

Mir persönlich bleibt nichts anderes übrig, als das Paket an den Absender zurückzuschicken und damit eine bessere Umsetzung zu ermöglichen.

Beim Gemeindestrukturgesetz herrscht derzeit ein Scherbenhaufen. Wie soll es hier weitergehen?

Der Rückweisungsantrag ist sehr be-

dauerlich. Ich hatte den klaren Anspruch an die Kommission, dass es ihr gelingt, die Vorlage der Regierung so zu bearbeiten, dass sie der Landrat verabschieden kann. Letztlich geht es mit der Rückweisung darum, die reformorientierten Kräfte im Kanton abzubremsen. Damit der Kanton jedoch nachhaltig aus seiner Malaise kommt, braucht es die Umsetzung der strukturellen Reformen ohne Wenn und Aber. Dabei geht es um den Finanzausgleich, die Aufgabenverteilung und die Strukturen. Mit den im Gemeindestrukturgesetz geplanten Regionalkonferenzen weckte man leider Ängste vor einer neuen, vierten Staatsebene. Man sollte diese deshalb lieber als reine Zweckverbände aufstellen und ihnen klare Kompetenzen insbesondere in der Raumplanung übergeben.

INSERAT